

# Eine Tüte Herausforderungen

**Schule.** Das deutsche Schulsystem muss derzeit so viele Herausforderungen meistern wie schon lange nicht mehr: die Integration von Flüchtlingskindern, den Ausbau der Ganztagschulen, die Inklusion, den Umgang mit digitalen Medien und die Rückkehr zu G9. Den Stand der Dinge fasst unser Themenheft Schule zusammen, außerdem stellen wir den Bildungsmonitor 2018 vor. Wie NRW-Bildungsministerin Yvonne Gebauer die Veränderungsprozesse in den Klassenzimmern vorantreiben will, lesen Sie im iwd-Interview.

A  
B C

THEMENHEFT  
SCHULE

# Teure Wiederbelebung



**G9.** Nachdem fast alle Bundesländer mit neunjähriger Gymnasialzeit Anfang und Mitte der 2000er Jahre auf ein Abitur nach acht Jahren umgestiegen waren, kehren nun mehr und mehr zum alten Unterrichtsmodell zurück. Das Geld, das für die neuen Klassenzimmer und zusätzlichen Lehrer ausgegeben wird, fehlt allerdings an anderen Stellen.

Es ist nicht logisch: In Großbritannien, Frankreich und Österreich verlassen die meisten Schüler mit 18 Jahren die Schule. Und auch im Osten Deutschlands beenden Gymnasiasten ihre Schullaufbahn seit eh und je nach acht Jahren auf der weiterführenden Schule.

Als das Saarland im Jahr 2001 als erstes westdeutsches Bundesland das G8 – also das achtjährige Gymnasium – flächendeckend einführte, zogen fast alle anderen Bundesländer mit neunjähriger Gymnasialzeit sukzessive nach.

Doch seit einigen Jahren rollt die Rückkehrwelle. Gerade erst hat Nordrhein-Westfalen beschlossen, nach den Sommerferien 2019 für Gymnasialschüler der fünften und sechsten Klasse das G9 wieder einzuführen (Grafik Seite 3):

**Außer NRW haben bereits Niedersachsen, Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein die Rückkehr zum G9 beschlossen.**

Allerdings präsentieren die einzelnen Bundesländer jeweils eigene Konzepte, was die konkrete Ausgestaltung des wiederbelebten

G9 angeht – zum Beispiel im Hinblick auf die Ausweitung der Wochenstundenzahl oder die Entscheidungsmöglichkeiten einzelner Schulen und/oder Schüler zwischen G8 und G9.

- **Die Wochenstundenzahl** wird beispielsweise in Niedersachsen in der Sekundarstufe I verringert, in NRW dagegen um insgesamt bis zu 25 Stunden ausgeweitet. Über die gesamte Gymnasialzeit beläuft sich die Ausweitung der Wochenstundenzahl in Niedersachsen auf bis zu neun Stunden. Bayern erhöht um bis zu 19,5 Stunden, hat aber angekündigt, im G9 deutlich weniger Nachmittagsunterricht anzubieten.

- **Die Wahlfreiheit**, als Schule weiterhin das G8 anzubieten, gewähren Hessen, Schleswig-Holstein und NRW – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. In Bayern und Niedersachsen dagegen ist dies nicht möglich, dafür können einzelne Schüler mithilfe gezielter Förderung weiterhin das Abitur nach zwölf Jahren – vier Grundschul- und acht Gymnasialjahren – erreichen.

Diese Rückkehrvarianten führen in den Ländern zu ganz unterschied-

lichen Abschätzungen der Raum- und Personalkosten. Niedersachsen etwa geht davon aus, dass die Gymnasien aufgrund des allgemeinen Schülerrückgangs keinen Mehrbedarf an Räumen haben. Bayern dagegen rechnet mit Kosten von 500 Millionen Euro für Neu- und Erweiterungsbauten, Nordrhein-Westfalen sogar mit 518 Millionen Euro.

Bundesländer, die die Wochenstundenzahl an den Gymnasien erhöhen, brauchen auch mehr Lehrkräfte. Nordrhein-Westfalen hat für den kompletten Umstellungsprozess, der im Schuljahr 2026/27 abgeschlossen sein soll, einen Mehrbedarf von 2.200 Lehrerstellen berechnet, die insgesamt 115 Millionen Euro pro Jahr kosten werden. Bayern plant 1.000 zusätzliche Vollzeitstellen und jährliche Mehrausgaben von 100 Millionen Euro ein, sobald der erste G9-Jahrgang 2025/26 in das 13. Schuljahr übertritt. Hessen rechnet ab 2021 mit einem kontinuierlichen Mehrbedarf von 450 bis 460 Gymnasiallehrern, was zu Mehrausgaben von 27 Millionen Euro führt, während Schleswig-Holstein 116 zusätzliche Stellen für die Umstellung veranschlagt. Rechnet man all diese Posten zusammen, wird es teuer:

**Durch die Umstellung auf das G9 ergeben sich bundesweit direkte Kosten von rund 1,2 Milliarden Euro.**

#### In eigener Sache: Fehlerhafter Datensatz

An gleicher Stelle berichtete der iwd in der vergangenen Ausgabe unter dem Titel „Mehr Jobs, weniger Menschen“ über deutsche Regionen, die laut einer IW-Studie zwar wirtschaftlich wachsen, aber Bevölkerung verlieren. Leider war der Datensatz zur Bevölkerungsentwicklung fehlerhaft, weshalb die Befunde der Studie in dieser Form und für die genannten Regionen nicht aufrechterhalten werden können.

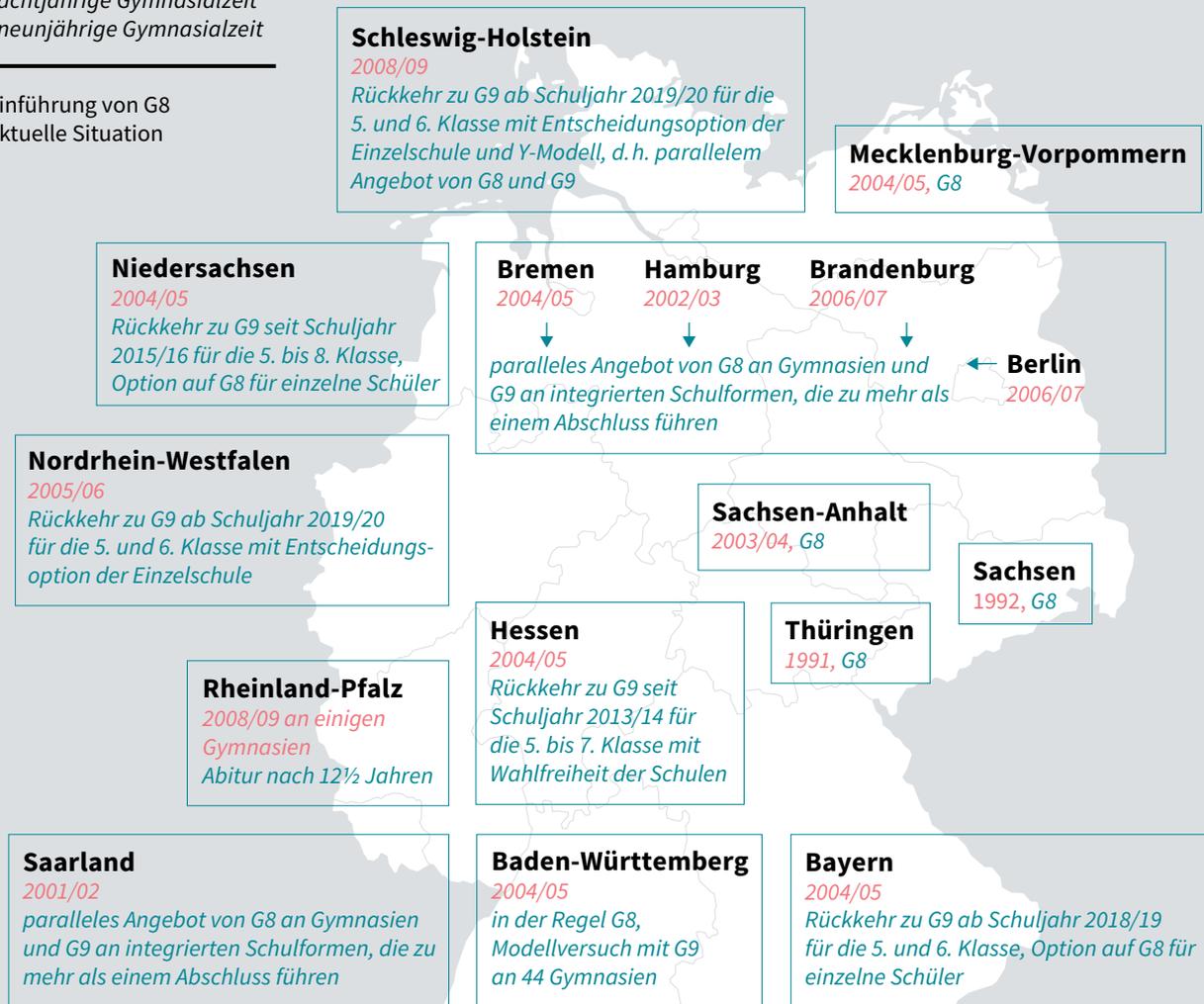
## Gymnasien: G8, G9 und viele Mischformen

Organisationsformen der gymnasialen Schulzeit an allgemeinbildenden Schulen

G8: achtjährige Gymnasialzeit

G9: neunjährige Gymnasialzeit

- Einführung von G8
- Aktuelle Situation



Stand: Juli 2018; Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Ostberlin und Sachsen-Anhalt hatten schon vor den angegebenen Zeitpunkten einmal G8

Quelle: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Tatsächlich dürfte dieser Betrag aufgrund der fehlenden Kostenabschätzungen einiger Bundesländer noch deutlich höher liegen. Außerdem sind die zusätzlichen Lehrerkosten nur für die Zeiten der Umstellung auf das G9 in die Rechnung eingeflossen – in der Realität werden diese jedoch auch danach weiter anfallen.

Hinzu kommen weitere Einbußen, die jedem einzelnen Abiturienten sowie der Gesellschaft insgesamt dadurch entstehen, dass ganze Jahrgänge ein Jahr länger zur Schule gehen. Den Schulabsolventen selbst

entgeht – sofern sie nach dem G8-Abitur kein Gap Year einlegen – Nettogehalt; und der Staat verliert die entsprechenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen.

Auch die Konsequenzen für die Hochschulen, die sich in mehreren Bundesländern zu unterschiedlichen Stichtagen einem Null-Jahrgang an Abiturienten gegenübersehen, wurden bislang ausgeblendet. Bereits bei der Umstellung auf das G8 kam es an den Unis und Fachhochschulen zu irreversiblen Kosten durch doppelte Abiturjahrgänge.

Damals wurden dafür im Rahmen des Hochschulpakts 7 Milliarden Euro bereitgestellt.

Die Rückabwicklung des G8 führt aber auch zu neuen Unsicherheiten im Schulsystem. Statt die verfügbaren Mittel für ein Hin und Her innerhalb der Schulstruktur zu verschwenden, sollte das Geld vorrangig in die Unterrichtsqualität investiert werden. Denn dort sind die Herausforderungen angesichts der drei Megathemen Digitalisierung (siehe Seiten 8–9), Integration und Inklusion so groß wie lange nicht mehr.



Foto: MSB – Susanne Klömpges

## „Kein Talent darf unentdeckt bleiben“

**Interview.** Seit 2017 ist **Yvonne Gebauer** (FDP) Bildungsministerin im größten deutschen Bundesland, Nordrhein-Westfalen. Ein Gespräch über die Rückkehr zu G9, Talentschulen, die Digitalisierung und darüber, wo der Bildungswettbewerb wirklich stattfindet.



### **Frau Gebauer, was sind die größten Herausforderungen für die Bildungspolitik der kommenden Jahre?**

Das gestaltet sich in allen Bundesländern – je nach Ausgangslage – ein wenig anders, aber die großen Themen sind überall gleich: Digitalisierung, Inklusion, Integration, die zunehmende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler und die Sicherung der Qualität der Bildung in unseren Schulen.

Es muss uns bewusst sein beziehungsweise noch werden, dass unsere Schulen ein harter Standortfaktor sind, nicht nur für eine Kommune oder eine Region, sondern für Deutschland insgesamt im internationalen Wettbewerb. Wir haben außer dem, was wir unseren Kindern als Bildung mit auf den Weg geben, fast keine Rohstoffe.

### **Welche bildungspolitischen Herausforderungen sehen Sie ganz konkret für Ihr Bundesland Nordrhein-Westfalen?**

In Nordrhein-Westfalen müssen wir den Anschluss an die Spitzenreiter in der digitalen Bildung finden und gleichzeitig die tradierten Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen stärken. Das mag auf den ersten Blick nicht recht zusammenpassen, aber nur wer diese drei Fähigkeiten beherrscht und auch in der Digitalisierung gut aufgestellt ist, kann die sich bietenden Chancen ergreifen.

Eine weitere Herausforderung ist die Teilhabe und Förderung von Kindern mit Handicaps im schulischen Alltag – die schulische Inklusion –, die dringend einer Umsteuerung bedarf.

### **Die Rückkehr zu G9 ist zwar beschlossene Sache, in NRW allerdings erst nach einem Übergangsjahr.**

Es ist organisatorisch schlichtweg nicht machbar, innerhalb weniger Monate eine solch komplexe Umstellung vorzunehmen. Der Landtag hat das Gesetz erst kurz vor der Sommerpause beschlossen. Allerdings arbeiten

wir schon seit Beginn des Jahres daran, die neuen Lehrpläne mit Schwerpunkten in der MINT-Förderung und der ökonomischen Bildung fertigzustellen.

**Hand aufs Herz: G8 oder G9 ist doch nicht die entscheidende Frage in der Bildungspolitik – dennoch stand sie im Wahlkampf im Vordergrund. Warum?**

Die Frage, ob G8 oder G9 besser ist, war eine der zentralen gesellschaftlichen Debatten in den vergangenen Jahren. Wir mussten am Ende feststellen, dass die Akzeptanz für G8 bei Schülerinnen und Schülern, Eltern, den Lehrern, aber auch in der Politik rapide schwand und eine klare, zukunftssträchtige Entscheidung nötig war. Diese hat die Landesregierung mit der Leitentscheidung für G9 getroffen und für die Schulen, die bei G8 bleiben wollen, eine Alternative geschaffen.

**Ein zusätzlicher Jahrgang bedeutet auch: mehr Klassenräume, mehr Lehrer – bei gleichzeitig knappen Kassen ...**

Wir haben mit den kommunalen Spitzenverbänden einen guten Weg vereinbart: Das Land hat sich dazu bekannt, den Kommunen die sogenannten Konnexitätskosten auszugleichen, beispielsweise für den Bau neuer Klassenräume.

**Migration ist für die Bildungspolitik zum zentralen Thema geworden. Noch nehmen viele Flüchtlingskinder gar nicht am Regelunterricht teil, sondern werden darauf in Sonderklassen vorbereitet. Wie können die Zuwanderer in den regulären Unterricht integriert werden?**

Wir haben in NRW in den vergangenen Jahren rund 90.000 schulpflichtige Kinder und Jugendliche aufgenommen. Viele von ihnen müssen noch in die Regelklassen integriert werden. Das setzt allerdings ausreichende Deutschkenntnisse voraus. Beispielhaft sei in diesem Zusammenhang das Projekt „Fit in Deutsch“ genannt: Allein in diesem Jahr besuchen mehr als 9.000 Schülerinnen und Schüler mit Flucht- oder Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf in den Ferien besondere Kurse, in denen sie sowohl sprachlich gefördert als auch mit unseren Werten und klassischen Alltagssituationen bekannt gemacht werden.

**4,8 Sterne bei Google, viele Likes bei Facebook: Schulen mit einem guten Ruf sind ein wichtiger Standortfaktor. Problemschulen führen dagegen zur Abwanderung von Fachkräften und Akademikern, weil die ihre Kinder lieber wohnortnah in eine gute Schule schicken wollen. Was haben Sie in NRW vor, damit die Qualität überall stimmt und wie wollen Sie „verlorene“ Schulen zurückgewinnen?**

Wir haben ein ganzes Bündel an Maßnahmen zur Qualitätssteigerung in Vorbereitung. Für die Grundschulen

werden wir im Herbst einen Masterplan vorstellen, der zahlreiche fachliche Elemente zur Verbesserung der Qualität des Unterrichts enthält, zum Beispiel einen verbindlichen Grundwortschatz.

Zudem habe ich vor wenigen Wochen unser Konzept für landesweit bis zu 60 Talentschulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen vorgestellt. Es war und ist mir ein Herzensanliegen, dass diese Landesregierung rasch ein Zeichen setzt, um soziale Nachteile im Bildungsbereich zu überwinden und Aufstiegschancen für alle zu ermöglichen. Kein Talent darf unentdeckt bleiben. Die Schülerinnen und Schüler sollen an den Talentschulen durch besondere Unterrichtskonzepte individuell gefördert werden.

**Noch immer ist die Digitalisierung – trotz der vorhandenen Fördertöpfe – in vielen Schulen nicht so recht angekommen. Woran liegt das und wie wollen Sie das ändern?**

Es ist richtig: Mit dem Status quo bin ich nicht zufrieden. Die Freien Demokraten sind im Landtagswahlkampf dafür eingetreten, die Digitalisierung spürbar zu verbessern. Wir sorgen jetzt zusammen mit dem Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart dafür, dass alle Schulen bis 2022 ans Glasfasernetz angeschlossen werden; bislang sind es gerade einmal 13 Prozent.

Derzeit wird seitens des Landes, aber auch des Bundes, viel Geld zur Verfügung gestellt, das die Kommunen dafür nutzen sollen, die Schulgebäude zu sanieren und mit digitaler Technik auszurüsten. Außerdem verankern wir digitale Kompetenzen in allen Lehrplänen und wollen mit einer breit angelegten Lehrerfortbildung den notwendigen großen Schritt vorankommen. Die Herausforderung besteht darin, all diese Prozesse zeitgleich zu gestalten.



Unter [iwd.de/bildungs-interview](http://iwd.de/bildungs-interview) finden Sie dieses Interview mit den Antworten auf zwei zusätzliche Fragen zur Zusammenarbeit der Bundesländer und zur Zukunft der Kultusministerkonferenz.

**Bundesregierung beruft IW-Bildungsforscher**

Axel Plünnecke leitet im Institut der deutschen Wirtschaft (IW) das Kompetenzfeld Bildung, Zuwanderung und Innovation. Nun hat ihn Bundesfamilienministerin Franziska Giffey in die Sachverständigenkommission berufen, die den Neunten Familienbericht der Bundesregierung erarbeiten soll, in dem es auch um Bildungsthemen geht.

Der iwd hat mit Axel Plünnecke über diese Aufgabe und seinen Blick auf die Bildungspolitik in Deutschland gesprochen:

[iwd.de/familienbericht](http://iwd.de/familienbericht)

# Kaum noch Fortschritte



**Bildungsmonitor 2018.** Seit 2004 untersucht das Institut der deutschen Wirtschaft die Bildungssysteme der Bundesländer. Im Jahr 2018 gibt es zum ersten Mal einen Rückschritt gegenüber dem Vorjahr, zudem fallen die Fortschritte im langfristigen Vergleich immer kleiner aus. Vor allem in Sachen Schulqualität, Bildungsarmut und Integration besteht dringender Handlungsbedarf.

Es geht um die Kompetenzen der Schüler, um Klassengrößen, Ganztagsbetreuung und Bildungsausgaben: Anhand von 93 Einzelindikatoren auf zwölf Handlungsfeldern analysiert das IW seit 15 Jahren die Bildungssysteme der 16 Bundesländer. Wie in jedem Jahr gibt es auch im Bildungsmonitor 2018 Gewinner und Verlierer (Grafik):

**Mit 69,2 von 100 Punkten hat Sachsen am besten abgeschnitten und belegt zum 13. Mal Platz eins.**

Auch die Plätze zwei und drei gehen zum wiederholten Mal an Thüringen und Bayern. Neu ist allerdings, dass das Dauerschlusslicht Berlin in diesem Jahr die rote Laterne abgibt – an Bremen.

**Sachsen** erreicht Spitzenplätze auf den Handlungsfeldern Förderinfrastruktur, Schulqualität, Vermeidung von Bildungsarmut und Forschungsorientierung.

**Thüringen** punktet mit Bestnoten bei der Ausgabenpriorisierung und den Betreuungsbedingungen.

**Bayern** ist Spitzenreiter bei der beruflichen Bildung.

Auffallend im Bundesländer-Ranking 2018 ist vor allem, dass sich gegenüber dem Vorjahr nur Berlin (plus 1,0 Punkte) und Schleswig-Holstein (plus 0,8 Punkte) verbessern konnten, während alle anderen zwischen 1,2 und 3,9 Punkte verloren haben.

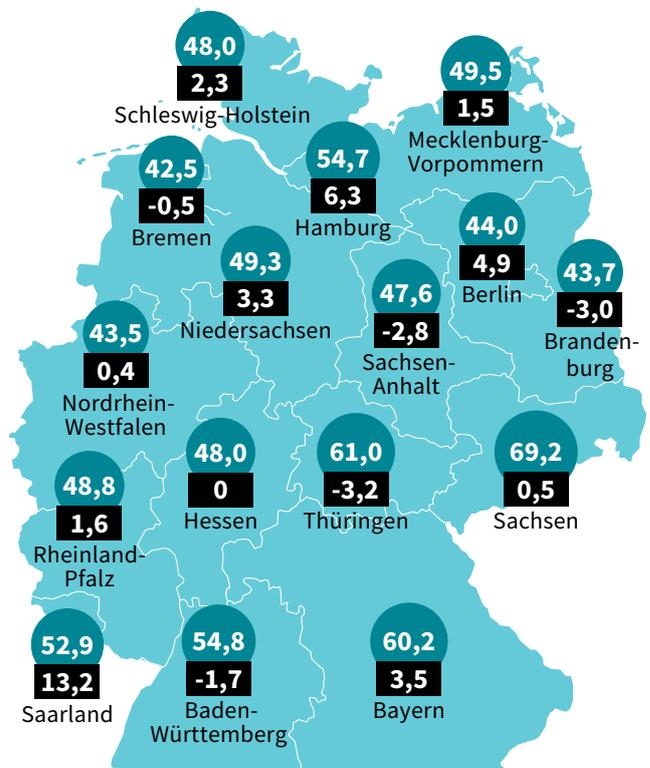
Vergleicht man die Ergebnisse von 2018 mit denen von 2013 – damals wurde erstmals die aktuelle Methodik und Indikatorenauswahl verwendet –, dann steht das Saarland mit einem Plus von 13,2 Punkten auf dem Siegertreppchen, gefolgt von Hamburg (plus 6,3 Punkte) und Berlin (plus 4,9 Punkte). Am stärksten verschlechtert haben sich Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit einem Minus von jeweils rund 3 Punkten.

So wie die einzelnen Bundesländer haben sich auch die zwölf Handlungsfelder seit 2013 zum Teil höchst gegensätzlich entwickelt (Grafik Seite 7):

## Bildungsmonitor 2018: Das Ranking

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielt, bekommt 0 Punkte zugewiesen und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte.

- Durchschnittliche Punktzahl 2018
- Veränderung gegenüber 2013 in Punkten



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2018 IW Medien / iwd



**In Sachen Internationalisierung, Förderinfrastruktur und Betreuungsbedingungen haben sich die Bundesländer am meisten verbessert – Rückschritte gab es unter anderem bei der Schulqualität, der Reduzierung von Bildungsarmut und der Integration.**

Für beides – Verbesserungen und Rückschritte – gibt es konkrete Gründe:

**Die Internationalisierung** hat von allen Handlungsfeldern die größten Fortschritte gemacht – von 2013 bis 2018 um 17,5 Punkte. Gründe dafür waren vor allem die verbesserten Englischkenntnisse der Schüler und der gestiegene Anteil ausländischer Studentinnen und Studenten.

**Die Förderinfrastruktur** hat sich vor allem wegen der deutschlandweit gestiegenen Zahl von Ganztagsplätzen an den Grundschulen verbessert.

**Die Betreuungsbedingungen** sind unter anderem dank der günstigeren Betreuungsrelationen in den Kindertageseinrichtungen und in der Sekundarstufe I besser geworden.

**Die Schulqualität** ist das Handlungsfeld, auf dem die Bundesländer seit 2013 die größten Einbußen (minus 13,5 Punkte) erlitten haben. Dahinter steckt vor allem das schlechte Abschneiden der Schüler in Bildungstests: Erreichten die Viertklässler im Jahr 2011 beim Lesen 500 Punkte, waren es 2016 nur noch 493 Punkte – noch größer war der Qualitätsverlust beim Hörverständnis von deutschen Texten und in Mathematik.

**Die Bildungsarmut** ist größer geworden, weil zum einen die Schulabbrecherquote gestiegen ist und zum anderen weniger Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres ihre Abschlussprüfung bestanden haben.

**Die Integration** hat sich verschlechtert, weil die Zahl der ausländischen Schulabsolventen gesunken und zugleich die Zahl der ausländischen Abgänger ohne Schulabschluss gestiegen ist.

Trotz einiger Fortschritte – unterm Strich kann die deutsche Bildungspolitik mit der aktuellen Entwicklung des Bildungssystems nicht zufrieden sein:

**Von 2014 bis 2018 haben sich die Bundesländer nur um jahresdurchschnittlich 0,2 Punkte verbessert – im Zeitraum 2010 bis 2013 waren es noch 2,6 Punkte. Zudem gab es 2018 gegenüber dem Vorjahr erstmals einen Rückschritt.**

Dieser Befund wiegt umso schwerer, als die Herausforderungen für das Bildungssystem vor dem Hintergrund der Migration, des demografischen Wandels und der Digitalisierung (siehe Seiten 8–9) eher größer als kleiner werden. Das IW hatte bereits im Bildungsmonitor 2017 – der den Ländern ebenfalls nur noch leichte Fortschritte attestierte – eine Reformagenda entwickelt. Was ist daraus geworden?

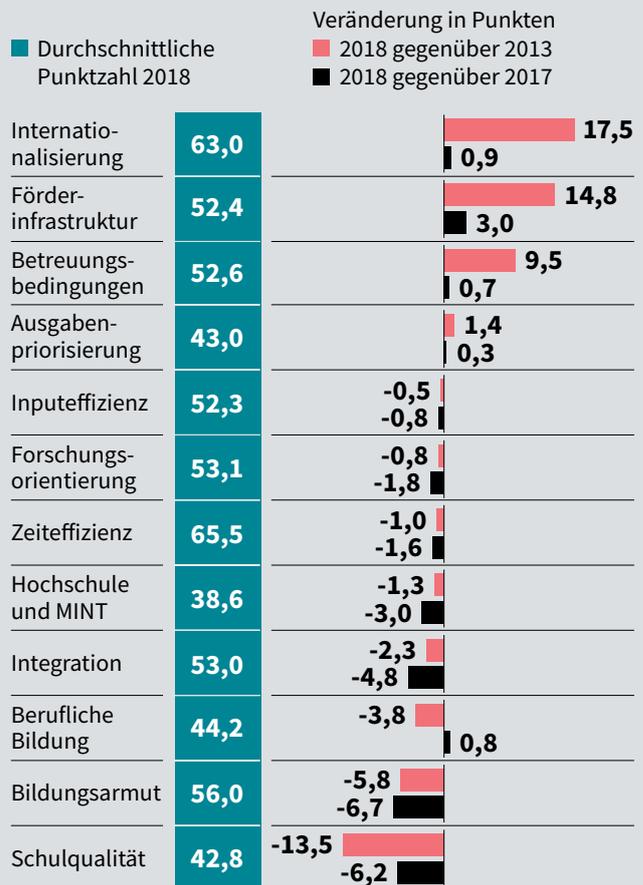
**Die Durchlässigkeit des Bildungssystems weiter erhöhen:** Dieses Ziel wird zwar auch von der Politik deutlich formuliert, gleichwohl bedarf es noch einiger Anstrengungen, um die Integration zu verbessern und die Bildungsarmut zu reduzieren.

**Flüchtlingsmigration meistern:** Aufgrund der Zuwanderung hat das IW jährliche Mehrausgaben von 3,5 Milliarden Euro vorgeschlagen – eine stärkere Priorisierung der Integrationsaufgabe durch die Politik ist nach wie vor wünschenswert.

**Die Qualität der Kitas verbessern und zusätzliche Plätze schaffen:** Dafür hat das IW einen jährlichen

## Bildungsmonitor 2018: Tops und Flops

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielt, bekommt 0 Punkte zugewiesen und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte.



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Bedarf von rund 5 Milliarden Euro veranschlagt. Die im Koalitionsvertrag geplanten Bundesmittel von 3,5 Milliarden Euro für 2018 bis 2021 dürften – auch ergänzt um die Mittel der Länder – jedoch geringer sein.

**Schulfrieden schaffen:** Der bildungspolitische Diskurs sollte weg von einer Zeit- und hin zu einer Qualitätsdiskussion. Tatsächlich aber investieren einige Bundesländer viel Kraft und Ressourcen, um von G8 zu G9 zurückzukehren (siehe Seiten 2–3) – statt in die Qualität ihres Bildungssystems.

### Gutachten

Christina Anger, Axel Plünnecke, Ruth Maria Schüler: Bildungsmonitor 2018 – Teilhabe, Wohlstand und Digitalisierung  
[iwkoeln.de/bildungsmonitor\\_2018](http://iwkoeln.de/bildungsmonitor_2018)

# Analoge Klassenzimmer



**Digitalisierung.** Ob zu Hause, im Urlaub oder im Sportverein: Digitale Medien sind aus dem Alltag der meisten Menschen nicht mehr wegzudenken. Nur in der Schule steckt die Digitalisierung noch in den Kinderschuhen – auch, weil vorhandene finanzielle Mittel nicht genutzt werden.

Ein leckerer Früchtesmoothie am Rheinufer, ein neues Kleid aus dem Schlussverkauf oder ein erfolgreiches Work-out im Fitnessstudio – egal, was in ihrem Leben passiert, die meisten Jugendlichen in Deutschland zücken ihr Handy und teilen die Neuigkeiten mit der Welt. Sie surfen im Internet, chatten über WhatsApp und veröffentlichen Fotos auf Instagram – oft stundenlang am Tag.

Das gilt allerdings nicht nur für ihr Privatleben. Viele Schüler nutzen die digitalen Angebote auch für Hausaufgaben, Referate oder Facharbeiten. Von den etwa 100 Minuten, die sie im

Schnitt täglich mit Schulaufgaben verbringen, entfällt rund eine Dreiviertelstunde auf Computer und Internet, so die aktuelle Studie „Jugend, Information, (Multi) Media“ (JIM) des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest.

Doch dort, wo die Schüler auf den angeblichen Ernst des Lebens vorbereitet werden sollen – im Klassenzimmer –, passiert in Sachen digitale Medien noch viel zu oft: nichts. Wie die JIM-Studie zeigt, arbeiten unabhängig von der Schulform lediglich 42 Prozent aller Schülerinnen und Schüler in der

Schule mindestens einmal pro Woche am Computer oder recherchieren im Internet (Grafik):

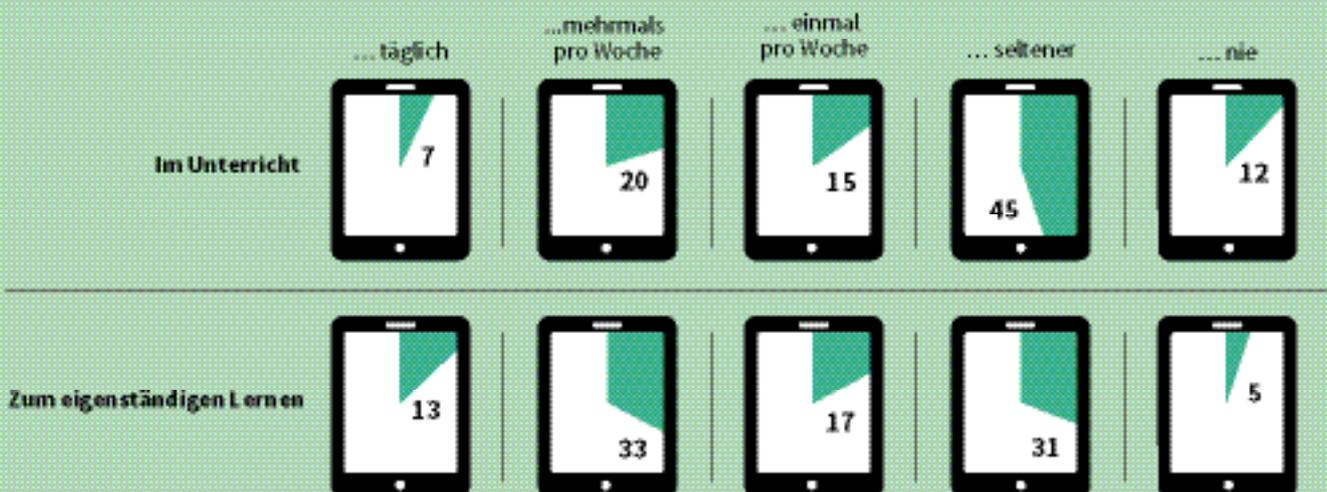
**12 Prozent der Schüler kommen im Unterricht sogar überhaupt nicht mit digitalen Medien in Berührung.**

In der Konsequenz entstehen dadurch zwei verschiedene Lernwelten: Während soziale Netzwerke und digitale Medien für das eigenständige Lernen selbstverständlich sind, ist ihr Einfluss im schulischen Unterricht marginal.

Die Jugendlichen stellen sich das anders vor, wie aus dem „Monitor

## Digitalisierung: Schulen hinken hinterher

So viel Prozent der Schüler in Deutschland nutzen digitale Medien für Schulaufgaben ...



Quelle: Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest © 2018 iwd Medien / ted

Bildung“ der Bertelsmann Stiftung hervorgeht. Darin geben 89 Prozent aller Schüler an, dass der Unterricht aus einem Mix aus traditionellen Materialien wie Büchern und Arbeitsblättern und neuen Medien wie Lern-Apps oder Lehrvideos bestehen sollte. Und 88 Prozent empfehlen ihren Lehrern, häufiger etwas mit digitalen Medien auszuprobieren. Dazu gehören Internetrecherche, das Arbeiten mit Bild- und Videoprogrammen, Lern-Applikationen sowie das Erstellen von Präsentationen mit sozialen Medien. Viele Lehrer aber setzen nur zögerlich auf die Möglichkeiten, die ein digitaler Unterricht bietet:

**Laut Bertelsmann Stiftung nutzen nur 15 Prozent aller Lehrkräfte digitale Medien vielseitig in der Stundengestaltung. Nahezu 50 Prozent gaben an, selten von traditionellen Lehrmaterialien abzuweichen.**

Aufgrund fehlender Richtlinien für die digitalisierte Schule, so das Fazit der Studie, hängt die Einbindung moderner Medien in den Unterricht stark vom individuellen Engagement des Lehrpersonals ab. Das sehen die Lehrkräfte selbst offenbar genauso – zumindest theoretisch: Obwohl rund die Hälfte von ihnen fast ausschließlich mit klassischen Lehrmaterialien unterrichtet, sehen sich 87 Prozent von ihnen als Impulsgeber für die Einführung digitaler Medien im Unterricht. Nur 36 Prozent der Lehrer sagen, dass die Schulleitungen die treibende Kraft seien.

Dass die Digitalisierung in der Schule trotzdem noch nicht richtig angekommen ist, hat verschiedene Gründe (Grafik):

**Fast drei Viertel der Lehrerinnen und Lehrer beklagen die unzuverlässige Technik und rund zwei Drittel sagen, die technische Ausstattung sei zu teuer.**

Darüber hinaus sind nur 22 Prozent der Lehrkräfte der Meinung, digitale Medien im Unterricht seien förderlich für die Sozialkompetenz der Schüler. Angesichts der Tatsache, dass ein Großteil der sozialen und gesellschaftlichen Kommunikation von Jugendlichen über soziale und digitale Medien läuft, ist diese Einschätzung überraschend.

Der Hauptgrund für die nur langsame Digitalisierung des Unterrichts ist jedoch die unzureichende technische Ausrüstung:

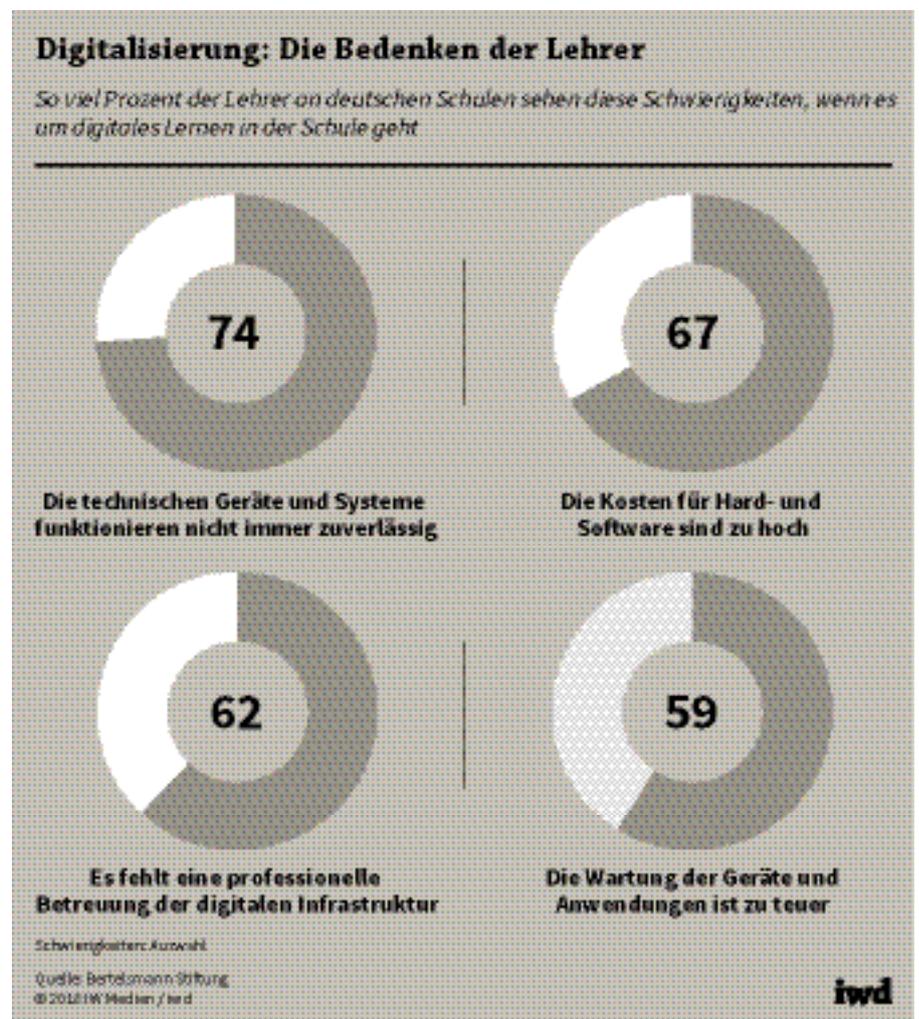
**Nur 16 Prozent der Lehrkräfte halten die digitale Ausstattung ihrer Schulen für sehr gut.**

Mit dem IT-Support sind sogar lediglich 12 Prozent und mit der WLAN-Qualität gerade mal 8 Prozent des Lehrpersonals voll und ganz zufrieden.

Die digitale Ausstattung der Schulen entspricht also selten dem Standard, den die Schüler zu Hause vorfinden. Ein Großteil der Lehrer und Schulleiter schreibt dies laut „Monitor Bildung“ den fehlenden finanziellen Mitteln zu.

Ein anderes Bild zeigen Zahlen der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Unter dem Motto „Gute Schule 2020“ steht 2017 und 2018 für die Modernisierung von Schulen insgesamt 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Genutzt wurden davon bis Mai 2018 nur 289 Millionen Euro.

Besonders viel Geld lassen unter anderem die Städte Bochum, Dortmund, Duisburg, Essen und Gelsenkirchen liegen. Von den seit 2017 für sie verfügbaren 180 Millionen Euro haben sie bislang lediglich 14 Millionen Euro abgerufen.



# Mehr als ein Mittagessen

**Ganztagsschule.** Rund zwei Drittel der Grundschulen in Deutschland bieten mittlerweile ganztägige Betreuungskonzepte an. Allerdings gibt es in einigen Regionen noch große Lücken bei der Ganztagsversorgung. Auch die Qualität der Nachmittagsangebote muss weiter verbessert werden.

Zunächst einmal die gute Nachricht: In Deutschland gibt es immer mehr Ganztagsschulen. Beispiel Grundschule: Im Jahr 2012 offerierten bundesweit 7.885 von ihnen eine Ganztagsbetreuung, das war knapp die Hälfte aller Grundschulen. Bereits 2015 stellten fast 56 Prozent ein Ganztagskonzept bereit, mittlerweile dürften es rund zwei Drittel sein (Grafik Seite 11):

**Laut Kultusministerkonferenz (KMK) gab es 2016 in Deutschland rund 10.000 Ganztagsgrundschulen, das entspricht einer Quote von annähernd 66 Prozent.**

Der Anstieg zwischen 2015 und 2016 ist allerdings hauptsächlich auf eine Veränderung der Statistik zurückzuführen. Seitdem werden auch Schulen mit angeschlossenen Horten als Ganztagsschulen gezählt, vorausgesetzt, es gibt ein gemeinsames Konzept und die Schule ist für die Nachmittagsangebote mitverantwortlich. Dies hat in Sachsen-Anhalt beispielsweise dazu geführt, dass die Zahl der Ganztagsschulen zwischen 2015 und 2016 sprunghaft von 18 auf 311 gestiegen ist.

Grundsätzlich war diese Anpassung der Statistik überfällig, denn die Nachmittagsangebote der Horte unterschieden sich nicht grundlegend von denen der offenen Ganz-

tagsschulen – also solchen, die keinen verpflichtenden Nachmittagsunterricht haben. Dennoch gibt es weiteren Verbesserungsbedarf bei der Definition:

Die KMK erfasst als Ganztagsschule alle Einrichtungen, die die Schüler an mindestens drei Wochentagen wenigstens sieben Stunden lang betreuen. Das deckt den Betreuungsbedarf von Vollzeit arbeitenden Eltern in der Regel bei Weitem nicht. Daher wäre eine weitere Differenzierung nach angebotenen Betreuungsumfang dringend nötig.

Obwohl es also bundesweit von Jahr zu Jahr mehr Ganztagsschulen gibt, die meist auch ein warmes Mittagessen anbieten, sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern riesig:

**In Berlin, Hamburg, NRW, dem Saarland, Sachsen und Thüringen bieten bereits mehr als 90 Prozent der Grundschulen den Ganztag an, in Baden-Württemberg dagegen nur jede vierte.**

Doch das soll sich ändern. So sieht der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vor, dass bis 2025 für jeden Grundschüler ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bestehen soll. Für die notwendigen Investitionen will der Bund 2 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Den größten Teil der Kosten für den Betreuungsausbau müssen jedoch wohl die Kommunen tragen. Städte und Kommunen mit angespannter Haushaltslage werden das kaum leisten können. Zudem dürfte die Suche nach geeignetem Personal schwierig werden: Schon heute ist es oft problematisch, qualifizierte Betreuer für die Nachmittagsangebote an den Schulen zu finden.

## Offene Ganztagsschule: Wo Verbesserungsbedarf besteht

So viel Prozent der Eltern mit schulpflichtigen Kindern zwischen sechs und 16 Jahren, die in offenen Ganztagschulen betreut werden, sind damit zufrieden

Betreuung während der Schulzeit	84
Ausstattung mit Lern-, Unterrichts- und Spielmaterial	77
Platz- und Raumangebot	77
Qualifikation des betreuenden Personals	75
Angebote/Kurse am Nachmittag	75
Personalausstattung	68
Engagement der Schulleitung für die Qualität der Nachmittagsangebote	65
Mittagessen	64
Hausaufgabenbetreuung	62
Abspraken zwischen Lehrkräften und Betreuungspersonal am Nachmittag	59
Betreuungsangebote in den Schulferien	54
Gezielte Förderung einzelner Kinder	51

Stand: 2016

Quelle: Bertelsmann Stiftung  
© 2018 IW Medien / iwd

**iwd**

So wünschenswert der Ausbau der Ganztagsangebote für Grundschüler auch ist, die Qualität der Angebote darf dabei nicht zu kurz kommen. Zurzeit variiert das Qualitätsniveau sehr stark. Eine Studie der

Bertelsmann Stiftung von 2016 zeigt, dass zumindest aus Elternsicht noch reichlich Verbesserungsbedarf besteht. Die meisten Väter und Mütter, deren Kinder regelmäßig nachmittags in der Schule sind, sind zwar mit den Rahmenbedingungen recht zufrieden, dennoch gibt es Kritik (Grafik Seite 10):

**Rund 40 Prozent der Eltern finden, dass sich Lehrkräfte und Betreuungspersonal besser absprechen müssen; jeder Zweite wünscht sich eine gezieltere Förderung einzelner Kinder.**

Dabei stellt sich die Lage in den gebundenen Ganztagschulen, die einen verpflichtenden Nachmittagsunterricht anbieten, nicht wesentlich besser dar als in den offenen. Dennoch hat die gebundene Ganztagschule aus pädagogischer Sicht Vorteile. Denn sie ermöglicht den für optimales Lernen nötigen Wechsel aller Schüler zwischen Phasen der Konzentration und solchen der Bewegung und Entspannung, die sogenannte Rhythmisierung.

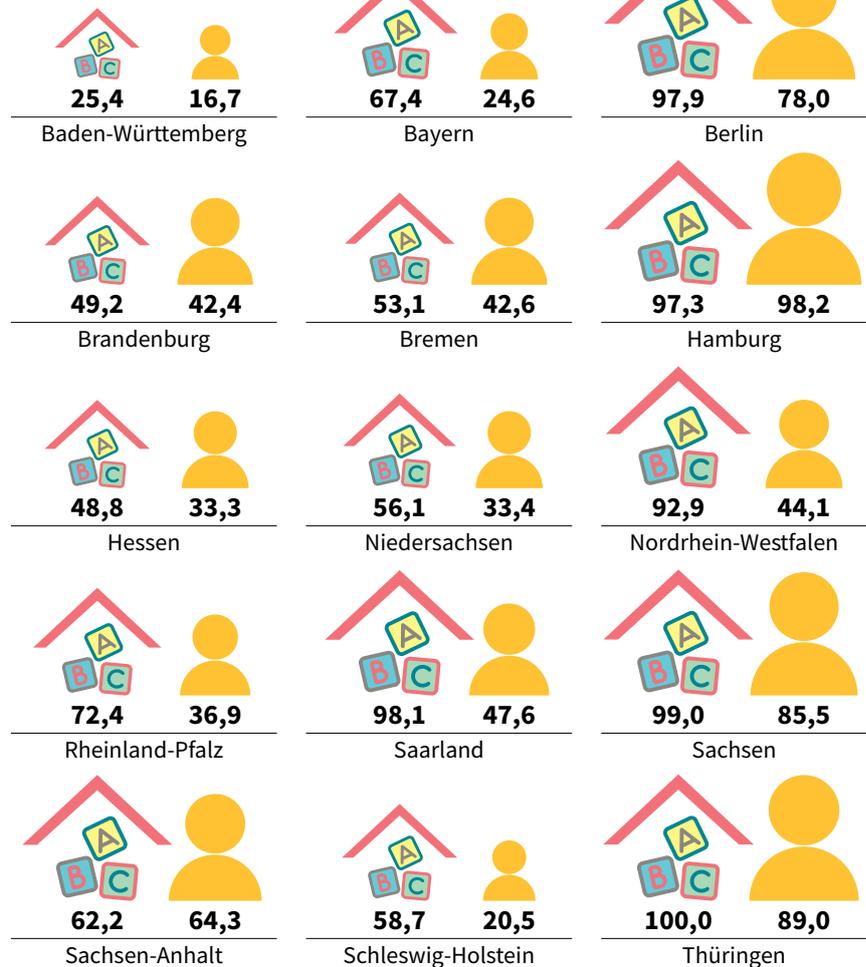
Den Wünschen der Eltern kommt die Präsenzpflcht am Nachmittag hingegen nicht entgegen. Sie beklagen sich schon heute vielfach über eine zu geringe Flexibilität der Betreuungsangebote in den Ganztagschulen.

Vor dem Hintergrund, dass die Qualität der Betreuungsangebote an vielen Ganztagschulen bislang noch nicht optimal ist, können diese ihr Potenzial auch noch nicht voll entfalten. So wirkt sich der Besuch einer Ganztagsgrundschule der einschlägigen Forschung zufolge bislang weder positiv noch negativ auf die Schulnoten aus. An den weiterführenden Schulen hingegen lässt sich ein positiver Effekt des Ganztagsschulbesuchs auf die schulischen Leistungen nachweisen.

## Grundschulen: Von Ganztag bis ganz wenig

in Prozent

- Grundschulen mit Ganztagsangeboten
- Grundschüler in Ganztagschulen



Stand: 2016; für Mecklenburg-Vorpommern liegen keine Daten vor  
 Ursprungsdaten: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt  
 © 2018 IW Medien / iwd

iwd

Gleichwohl sind Ganztagsangebote auch schon für die Klassen eins bis vier begrüßenswert. Denn sie können vor allem jene Kinder, die einen ungünstigen familiären Hintergrund haben, gezielt unterstützen und ihnen einen Zugang zu entwicklungsfördernden Freizeitaktivitäten ermöglichen, die manche Elternhäuser nicht realisieren können. Unbestritten ist außerdem, dass der Besuch einer Ganztagschule die sozialen Kompetenzen der Grundschüler stärkt.

Relevant sind Ganztagsbetreuungsangebote außerdem für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. So hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 2016 festgestellt, dass die Erwerbswahrscheinlichkeit von Müttern mit Erstklässlern um durchschnittlich rund 7 Prozent höher ist, wenn der Nachwuchs institutionell betreut wird. Waren die Mütter vor dem Schuleintritt des Kindes nicht berufstätig, steigt die Erwerbswahrscheinlichkeit sogar um mehr als 11 Prozentpunkte.

Adressaufkleber

**Impressum**

**Herausgeber:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.  
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff  
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther  
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

**Chefredakteur:** Ulrich von Lampe (verantwortlich)  
**Stellv. Chefredakteur:** Jork Herrmann  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber  
**Redaktionsassistentin:** Anja Hüpper  
**Grafik:** IW Medien GmbH  
**Telefon:** 0221 4981-255  
**Fax:** 0221 4981-99255  
**E-Mail:** iwd@iwkoeln.de

**Bezugspreis:**  
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

**Abo-Service:** Therese Hartmann,  
 Telefon: 0221 4981-443,  
 hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:**  
 Institut der deutschen Wirtschaft  
 Köln Medien GmbH,  
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

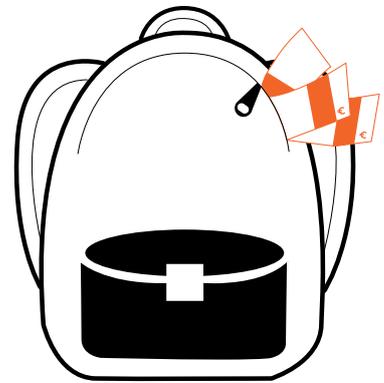
**Druck:** Henke GmbH, Brühl  
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:  
 lizenzen@iwkoeln.de



# Top-Liste: Ab auf die Highschool

Donald Trump hat der Anziehungskraft, die die USA auf Jugendliche haben, offenbar nicht geschadet: Nach wie vor sind die Vereinigten Staaten das beliebteste Ziel von Teenagern, die eine Zeit lang im Ausland zur Schule gehen. Insgesamt nahmen laut Weltweiser, einer unabhängigen Bildungsberatung, im Schuljahr 2016/2017 rund 16.400 deutsche Schüler an einem mindestens dreimonatigen Schüleraustauschprogramm teil. Der Arbeitskreis gemeinnütziger Jugendaustausch (AJA) zählt für das Schuljahr 2017/18 zwar deutlich weniger Jugendliche, die während der Schulzeit die Welt erkunden, allerdings gehen in diese Statistik auch nur die Teilnehmerzahlen der sechs AJA-Organisationen ein. Während Austauschschüler früher meist für ein ganzes Jahr in ein anderes Land zogen, sind diese Gastaufenthalte heute oft deutlich kürzer. Großen Anklang finden Programme mit bis zu drei oder vier Monaten. Generell geht die Nachfrage zurück: Die Zahl der deutschen Austauschschüler sinkt seit einigen Jahren – Grund dafür ist vermutlich die Schulzeitverkürzung an den Gymnasien.

## Zahl der Woche



# 225.000

Schülerinnen und Schüler in Deutschland haben im Jahr 2017 Bafög erhalten – das waren 5,8 Prozent weniger als im Jahr davor. Für die Schülerförderung gab der Bund 2017 knapp 0,8 Milliarden Euro aus. Im Durchschnitt bezogen geförderte Schüler 456 Euro monatlich, im Jahr 2016 waren es noch 21 Euro mehr. Der Höchstsatz für das Schüler-Bafög beträgt 708 Euro. Ob Schüler förderberechtigt sind, hängt vom Einkommen der Eltern und der Schulart ab, die besucht wird. Je nach Schule kommt es dann noch darauf an, in welcher Klasse sich die Schüler befinden, ob sie bereits eine Berufsausbildung abgeschlossen haben und ob sie bei den Eltern oder auswärts wohnen. Anders als das Studenten-Bafög muss das Schüler-Bafög nicht zurückgezahlt werden.

### Schüleraustausch: Jugendliche zieht es in die USA

So viele deutsche Austauschschüler verbrachten im Schuljahr 2017/18 zwischen sechs und zwölf Monate im Ausland



Austauschschüler: ausschließlich Schüler, die ihren Auslandsaufenthalt mit einer AJA-Organisation (z.B. Rotary Jugenddienst oder Open Door International) absolviert haben

Quelle: Arbeitskreis gemeinnütziger Jugendaustausch  
 © 2018 IW Medien / iwd